

G 001

Lfd.-Nr. 1049

DGB-Bundesvorstand

**Für eine neue Wirtschaftspolitik - Zukunft gestalten
statt Krisen verwalten**

Beschluss des DGB-Bundeskongresses:
Annahme

**1 Für eine neue Wirtschaftspolitik – Zukunft gestalten
2 statt Krisen verwalten**

3 Fast sieben Jahre nach dem Platzen der Spekulationsblase am
4 US-Immobilienmarkt ist die Wirtschaftspolitik immer noch von
5 der Krise bestimmt. Durch den unorthodoxen Kurs der Euro-
6 päischen Zentralbank (EZB) wurden die Märkte zwar be-
7 ruhigt. Aber die EU-Länder kommen trotzdem kaum aus der
8 Stagnation heraus. In der Eurozone herrscht weiter Rekord-
9 arbeitslosigkeit, Armut breitet sich aus. Auch Deutschland wird
10 sich auf Dauer nicht von der schwachen und sehr labilen Ent-
11 wicklung in der Eurozone abkoppeln können – schon jetzt ist
12 die wichtige EU-Nachfrage nach deutschen Gütern zurückge-
13 gangen, die Exportkompensation in die USA, Japan und die
14 Schwellenländer ist durch die dortigen konjunkturellen und
15 strukturellen Probleme mit hohen Unsicherheiten behaftet.

16
17 Gleichzeitig entstehen neue Spekulationsblasen und Unsicher-
18 heiten: Die Finanzmärkte sind nach wie vor nicht ausreichend
19 reguliert, Banken immer noch unterkapitalisiert, manche Staa-
20 ten sind hoch verschuldet. Die Superreichen bauen ihre Re-
21 kordvermögen weiter auf, und an den Börsen wird gezockt
22 wie vor der Krise. Reale Investitionen – nachhaltige Investitio-
23 nen in gute Arbeitsplätze, wichtige Infrastruktur und in die Zu-
24 kunftsfähigkeit Europas – bleiben hingegen auf der Strecke.

25
26 Die Krise ist kein Naturereignis, sie ist Ergebnis politischer
27 Fehlentscheidungen. Deshalb brauchen wir endlich einen Kurs-
28 wechsel in der Wirtschaftspolitik. Nur so kann die Krise been-
29 det und die Lage auch langfristig stabilisiert werden. Die Krise
30 muss als Chance zum grundlegenden Neubeginn erkannt wer-
31 den. Statt eines europaweiten Wettlaufs nach unten im Na-
32 men einer falsch verstandenen, weil ausschließlich an den
33 Arbeitskosten gemessenen, Wettbewerbsfähigkeit brauchen
34 wir eine gemeinsame, solidarische Politik für mehr und quali-
35 tativ besseres Wachstum und mehr gute Arbeit. Statt die
36 Konjunktur durch überzogene Kürzungspolitik weiter
37 abzuwürgen, muss zukunftsfähig investiert werden – kurzfris-
38 tig zur Beschäftigungssicherung und langfristig zum Aufbau
39 und Erhalt nachhaltiger Wirtschaftsstrukturen.

40

41 1.) Die Krise in der Eurozone

42

43 Die durch Deregulierung und Ungleichverteilung verursachte
44 globale Finanz- und Wirtschaftskrise wurde in den vergange-
45 nen Jahren immer mehr zu einer europäischen Strukturkrise.

46

47 **1.1) Strukturprobleme führten zur Krise**

48 Konstruktionsfehler der Währungsunion hatten die Eurozone
49 besonders anfällig gemacht und erschwerten eine angemessene
50 Anti-Krisenpolitik. Denn im Euroraum wurde von Anfang
51 an bewusst darauf verzichtet, einer einheitlichen Zins- und
52 Geldpolitik auch eine abgestimmte Wirtschafts-, Finanz-, und
53 Steuerpolitik an die Seite zu stellen.

54

55 Verschiedene Ausgangsniveaus beim Start der Währungsunion
56 sowie unterschiedliche Preisentwicklungen und wirtschaftliche
57 Dynamiken führten zur Entstehung von Ungleichgewichten
58 zwischen den Eurostaaten. Staaten mit steigenden
59 Außenhandelsüberschüssen standen anderen Staaten mit stei-
60 genden Defiziten – und entsprechend wachsender Aus-
61 landsverschuldung – gegenüber. Weil in der Eurozone keine
62 Anpassung über die Wechselkurse mehr stattfinden kann und
63 auch kein anderer effektiver Ausgleichsmechanismus (wie
64 etwa der Länderfinanzausgleich innerhalb Deutschlands) be-
65 steht, führten die Ungleichgewichte zu immer größeren
66 Spannungen.

67

68 Gleichzeitig verhinderte ein Mangel an Koordination eine
69 gemeinsame europäische Reaktion auf die Wirtschaftskrise:
70 Konjunkturpakete wurden auf nationaler Ebene entschieden,
71 die Rettung angeschlagener Banken blieb Sache der National-
72 staaten. Das Gleiche galt für die Staatsfinanzierung.

73

74 Die Belastung der Staatshaushalte durch die in die Krise gera-
75 tenen Banken und die hohe Auslandsverschuldung aufgrund
76 defizitärer Leistungsbilanzen zog Spekulationen über die Zah-
77 lungsfähigkeit von Staaten und infolgedessen einen rasanten
78 Anstieg der Zinsen auf Staatsanleihen einiger Euro-Länder
79 nach sich. Damit geriet die Stabilität des gesamten Euroraums
80 in Gefahr. Diese Entwicklung war nur deshalb möglich, weil
81 trotz einheitlicher Währung jedes Mitgliedsland der Eurozone
82 seine eigenen Staatsanleihen zur Finanzierung herausgibt.
83 Eine gemeinschaftliche Haftung aller EU-Länder – etwa durch
84 gemeinsame Anleihen (Eurobonds) – oder eine implizite Ga-
85 rantie der Staatsschulden durch die EZB sind in der Eurozone
86 nicht vorgesehen. So lange die Gefahr von Fehlanreizen mi-
87 nimiert wird, wäre das aber ein wichtiger Beitrag zur Stabili-
88 sierung der Währungsunion.

89

90 **1.2) Die Politik verschärft die Lage**

91 Bis heute wurden die Strukturprobleme der Eurozone nicht ge-
92 löst. Stattdessen setzten die nationalen Regierungen und die
93 EU-Kommission auf Maßnahmen, die die Situation ver-
94 schlimmeren. Ausgehend von der fehlerhaften Analyse, die
95 Krise sei auf mangelnde Wettbewerbsfähigkeit und hohe
96 Staatsverschuldung in manchen Euro-Ländern zurückzuführen,
97 wurde ein harter Kurs der Senkung von staatlichen und sozia-
98 len Ausgaben, von Lohnsenkung und Privatisierung verordnet.
99 Insbesondere Staaten, die sich wegen steigender Zinsen nicht
100 mehr am öffentlichen Finanzmarkt refinanzieren konnten,
101 mussten als Gegenleistung für „Hilfskredite“ entsprechende
102 Kürzungs- und Reformauflagen akzeptieren. Hier sind Paralle-
103 len zu der vielfach kritisierten und langfristig auch erfolglosen
104 Politik des IWF in den Entwicklungsländern unverkennbar.

105
106 Die Fehldiagnose bezüglich der Krisenursachen führte zu
107 kontraproduktiven Anpassungsprogrammen und Reformaufla-
108 gen in den „geretteten“ Ländern: Mindestlöhne und Über-
109 stundenzuschläge wurden gesenkt, Kündigungsfristen ver-
110 kürzt. Es kam zu Massenentlassungen und Lohnsenkungen im
111 öffentlichen Dienst, staatliche Aufträge an Unternehmen in
112 den Krisenländern wurden gestrichen. Rechte von
113 Arbeitgebern wurden ausgeweitet und Arbeitsbedingungen
114 verschlechtert. Die Nachwirkung von Tarifverträgen wurde ver-
115 kürzt, eine Dezentralisierung und Verlagerung von Tarifver-
116 handlungen auf die betriebliche Ebene vorangetrieben. Diese
117 Maßnahmen erhöhten den Druck auf den Arbeitsmarkt und
118 die Bevölkerung zusätzlich, statt die Krise wirkungsvoll zu
119 bekämpfen.

120
121 Die sinkenden Löhne führten zusammen mit der Kürzung der
122 Staatsausgaben auf breiter Front zu einem Einbruch der Bin-
123 nennachfrage und der Produktion in den Krisenländern. In
124 Spanien, Italien oder Irland liegt die Wirtschaftsleistung nomi-
125 nal heute noch unter dem Niveau des Jahres 2008. In einigen
126 Staaten sinkt das Bruttoinlandsprodukt (BIP) immer weiter,
127 während die Arbeitslosigkeit Rekordhöhen erreicht.

128
129 Doch diese neoliberale Politik – Druck auf die Löhne und
130 staatliche Ausgabenkürzungen – beschränkt sich nicht mehr
131 auf die Krisenstaaten. EU-Kommission und nationale Regie-
132 rungen haben die fortschrittliche Forderung nach einer besse-
133 ren Koordinierung der Wirtschaftspolitiken in ihr Gegenteil
134 verkehrt: Statt durch eine bessere Abstimmung für steigende
135 Nachfrage, mehr nachhaltiges Wachstum und neue Arbeits-
136 plätze zu sorgen, wurde die einseitige Austeritäts- und

137 Kürzungspolitik unter der Überschrift „Economic Governance
138 “ für ganz Europa institutionalisiert.

139

140 Verschärfte Regeln für Staatsdefizite und Verschuldung (z.B.
141 durch die Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts und
142 den Fiskalpakt) schränken die Handlungsfähigkeit der Politik
143 und das Haushaltsrecht der Parlamente weiter ein. Andere
144 neue europäische Regeln zielen auf eine Reduzierung von
145 Kosten mit dem Ziel einer verbesserten Wettbewerbsfähigkeit.
146 So verpflichteten sich die Euro-Staaten und andere EU-Länder
147 mit dem „Euro Plus Pakt“ dazu, den Zentralisierungsgrad der
148 Lohnbildungsverfahren zu „überprüfen“ und Tarifabschlüsse
149 im öffentlichen Sektor zu beschränken. Mit dem neuen Me-
150 chanismus gegen Makroökonomische Ungleichgewichte
151 überwacht die EU-Kommission unter anderem die Entwicklung
152 der Lohnstückkosten. Wenn sie in einem Euroland nach An-
153 sicht der Kommission zu schnell steigen, wird das betroffene
154 Land unter Androhung von Strafen zur Korrektur verpflichtet.
155 Eine weitere Verschärfung würden die noch in der Diskussion
156 befindlichen „Vertraglichen Vereinbarungen“ für mehr Wett-
157 bewerbsfähigkeit bringen, mit denen sich Staaten verbindlich
158 zu Kosten senkenden „Strukturreformen“ verpflichten sollen.

159

160 All diese Reformen, die die wirtschaftspolitische Architektur
161 Europas dauerhaft verändern, gehen grundsätzlich in die fal-
162 sche Richtung: Sie zielen vornehmlich auf eine Kürzung von
163 Staatsausgaben, auf Lohnkürzungen, den Abbau von Arbeit-
164 nehmerrechten sowie auf eine Schwächung der Gewerkschaf-
165 ten. Das unterhöhlt nicht nur die Tarifautonomie, sondern
166 auch Demokratie und Sozialstaatlichkeit und führt zu sozialen
167 Verwerfungen, zu verstärkter Ungleichheit und Ungerech-
168 tigkeit. Es führt auch wirtschaftlich in die Katastrophe: Überall
169 werden Ausgaben gekürzt, die Nachfrage sinkt, Unternehmen
170 verlieren Aufträge, die Wirtschaftsleistung geht zurück, wäh-
171 rend die Arbeitslosigkeit steigt.

172

173 **1.3) Fehlentwicklungen auch in Deutschland**

174 Zu den Ungleichgewichten in Europa hat auch die ungleichge-
175 wichtige Entwicklung in Deutschland beigetragen: Zwar ent-
176 wickelten sich die deutschen Exporte seit Beginn der Wäh-
177 rungsunion sehr gut, die Binnennachfrage und damit auch die
178 Importe aus anderen Staaten blieben aber hinter dieser posi-
179 tiven Entwicklung zurück. Die mangelnde deutsche Nachfrage
180 erschwert damit den Abbau der Leistungsbilanzdefizite in an-
181 deren europäischen Staaten.

182 Immerhin trugen die deutschen Konjunkturprogramme und
183 eine Ausweitung der Kurzarbeit in der Krise kurzfristig zur

184 Stabilisierung der Binnenkonjunktur bei, und später unter-
185 stütze das niedrige Zinsniveau – zusammen mit steigender
186 Beschäftigung und guten Tarifabschlüssen – eine zeitweise
187 positive Entwicklung der Binnennachfrage in Deutschland.

188

189 Aber die Gefahr ist nicht gebannt. Nach wie vor schwankt die
190 Binnennachfrage in Deutschland und wächst zu langsam, um
191 eine stabile konjunkturelle Entwicklung zu garantieren. Neben
192 dem weiterhin schwachen privaten Konsum bleiben insbe-
193 sondere die Investitionen seit Jahren hinter dem Notwendigen
194 zurück. Die Anlageinvestitionen betragen regelmäßig nur noch
195 zwischen 17 und 18 Prozent des BIP, wovon der allergrößte
196 Teil in Erhalt und Reparatur des bestehenden Kapitalstocks
197 geht. Die von der großen Koalition bisher zusätzlich geplanten
198 Maßnahmen reichen nicht aus, um den Trend umzukehren. In-
199 sbesondere die öffentlichen Investitionen entwickeln sich ka-
200 tastrophal – die Bruttoanlageinvestitionen des Staates sind
201 Jahr für Jahr geringer als die Abschreibungen. Das heißt:
202 Deutschland lebt von seiner Substanz, die Infrastruktur ver-
203 kommt. Entsprechende Debatten über die Sanierungsbedürf-
204 tigkeit von Straßen und Schienennetz sind vor diesem Hinter-
205 grund aktueller denn je.

206

207 Wirtschaft und Gesellschaft haben sich immer mehr gespal-
208 ten: International ist die Industrie erfolgreich und deutsche
209 Waren sind gefragt. Im Inland aber hat sich eine Billig-Ökono-
210 mie ausgeweitet. Eine Abwärtsspirale ist in Gang: Geringe
211 Renten, Hartz IV Bezüge und Niedriglöhne führen dazu, dass
212 Millionen Menschen als Verbraucher auf Billigprodukte
213 angewiesen sind, die teils unter inakzeptablen sozialen und
214 ökologischen Umständen produziert wurden. Der gesetzliche
215 Mindestlohn ab 2015 wird den größten Auswüchsen begeg-
216 nen. Doch vor allem in vielen Segmenten des Dienstleistungs-
217 bereichs herrscht eine Unterbietungskonkurrenz – oft zu Las-
218 ten der Beschäftigten und der Versorgungsqualität. Auch in
219 öffentlichen Bereichen, bei Bildung, Gesundheit und Pflege
220 etwa, rücken Qualität und Versorgungssicherheit als Ziele in
221 den Hintergrund. Stattdessen dominieren Sparzwänge.

222

223 Auf diese Weise werden die binnenwirtschaftlichen
224 Wachstumskräfte vernachlässigt. Die Konjunktur bleibt in ei-
225 nem ungesunden Maße anfällig für Schwankungen der Welt-
226 wirtschaft. Kürzungen bei öffentlichen Dienstleistungen, die
227 Desinvestition bei der Infrastruktur und der Niedriglohnssektor
228 gefährden zudem wichtige gesellschaftliche Grundlagen und
229 damit langfristig auch die exportorientierten Bereiche der

230

231 Wirtschaft, die – noch – der Wirtschaftsmotor unseres Landes
232 sind.

233

234 **1.4) Banken- und Finanzmarktregulierung: Nur**
235 **zaghafte Anfänge**

236 Trotz aller Debatten um Staatsschulden und Wett-
237 bewerbsfähigkeit – die Staatsschulden sind nicht Ursache der
238 Krise sondern ihre Folge. Der Ursprung der Krise liegt in Fehl-
239 entwicklungen des Banken- und Finanzsektors. Die notwen-
240 digen Strukturreformen in diesem Bereich sind nach wie vor
241 zu wenig koordiniert und gehen viel zu langsam voran.

242

243 Und das, obwohl viele Probleme erkannt und erste Schritte
244 getan sind: Die angestrebte Bankenunion soll beispielsweise
245 dazu beitragen, dass durch eine schlagkräftigere und gemein-
246 same europäische Bankenaufsicht, flankiert von einem Re-
247 strukturierungs- und Bankenabwicklungsmechanismus Staa-
248 ten langfristig nicht mehr für Banken haften müssen und
249 dadurch am Ende selbst in eine Schulden- und Vertrauenskrise
250 geraten. Auch bei der Umsetzung der Vorschriften für höhere
251 Eigenkapitalquoten und bei der Finanzmarktregulierung sind
252 erste, aber keine ausreichenden Fortschritte zu verzeichnen.

253

254 Insgesamt bleiben viele offene Fragen. Die Bankenunion steht
255 erst am Anfang, und es ist noch lange nicht klar, ob sie dem
256 offiziellen Anspruch tatsächlich gerecht wird. Allein die
257 aktuelle Debatte um die Frage, ob Hilfszahlungen aus dem
258 Rettungsfonds ESM an Banken möglich sein sollen, zeigt die
259 nach wie vor bestehende Gefahr, dass der Fiskus im Krisenfall
260 einspringen muss. In Deutschland würde eine „geordnete
261 Bankenabwicklung“ ohne staatliche Finanzhilfen derzeit ver-
262 mutlich noch nicht funktionieren: Denn der seit 2010 von Ban-
263 ken gespeiste Restrukturierungsfonds würde wohl kaum aus-
264 reichen, allein eine einzige systemrelevante Bank zu retten.
265 Und die vorgesehenen „Banken-Testamente“ sind noch nicht
266 abschließend formuliert, geschweige denn erprobt. Das
267 Grundproblem, dass Banken zu groß sind, um ohne gesamt-
268 wirtschaftliche Verwerfungen insolvent zu werden, ist bislang
269 weder in Deutschland gelöst noch anderswo in Europa –
270 ebenso wenig wie das damit in Verbindung stehende Problem
271 der Unterkapitalisierung.

272

273 **2.) Für einen Kurswechsel in der Wirtschaftspolitik!**

274 Wir brauchen einen grundsätzlichen Kurswechsel in der Wirt-
275 schaftspolitik. Die EU-Krisenpolitik der letzten Jahre hat sich
276 als verfehlt herausgestellt und muss umgekehrt werden.

277 Deutschland muss auf schlechtere wirtschaftliche Zeiten gut

278 vorbereitet sein und wichtige Weichenstellungen vornehmen,
279 wenn es weiterhin wirtschaftlich erfolgreich sein und die
280 strukturellen sozialen und ökonomischen Fehlentwicklungen
281 der vergangenen Jahre ernsthaft korrigieren will. Deshalb er-
282 hebt der DGB folgende konkrete Forderungen an eine zu-
283 kunftsfähige Wirtschaftspolitik.

284

285

286 **2.1) Qualitatives Wachstum und gute Arbeitsplätze** 287 **schaffen statt in die Krise kürzen**

288 Genauso wenig, wie sich Unternehmen langfristig durch reine
289 Kostensenkung sanieren lassen sondern nur durch eine
290 strukturelle Erneuerung, können sich auch Staaten nicht „aus
291 der Krise sparen“ – sie können nur aus den Schulden her-
292 auswachsen. Europa muss jetzt in seine Zukunft investieren,
293 Infrastruktur erneuern, bestehende Industrien zukunftsfähig
294 machen und in strukturschwachen Regionen neue Produkti-
295 ons- und Dienstleistungsstrukturen aufbauen. Der DGB hat
296 den Vorschlag für einen Marshallplan für Europa vorgelegt,
297 um mit hohen Investitionen die Krise zu bekämpfen und Eu-
298 ropa dauerhaft lebenswert und zukunftsfähig zu machen. Die
299 Politik muss ein entsprechendes Programm endlich umsetzen.
300 Zwei Prozent der EU-Wirtschaftsleistung müssen investiert
301 werden, um zukunftsentscheidende Ziele, wie die europäische
302 Energiewende, anzugehen, um Industrie und Verkehrswege
303 nachhaltig zu erneuern und gute Dienstleistungen für die
304 Bürgerinnen und Bürger zu schaffen. Eine solche Initiative
305 könnte europaweit 9 bis 11 Millionen zusätzliche Vollzeitstel-
306 len und ein zusätzliches Wirtschaftswachstum von rund drei
307 Prozent des europäischen BIP schaffen.

308

309 Die finanziellen Mittel für diese Zukunftsinvestitionen sind vor-
310 handen: In Zeiten von Niedrigzinsen und Unsicherheit suchen
311 Sparer, Pensionsfonds und Versicherungen nach sicheren (und
312 zunehmend auch nach ethisch und sozial nachhaltigen) Anla-
313 gemöglichkeiten. Ein Europäischer Zukunftsfonds könnte ei-
314 gene Schuldscheine ausgeben und damit solche Anlagemög-
315 lichkeiten schaffen. Zins und Tilgung können aus den Einnah-
316 men der Finanztransaktionssteuer beglichen werden. Das
317 notwendige Eigenkapital des Fonds sollte durch eine Vermö-
318 gensabgabe aufgebracht werden.

319

320 Gleichzeitig muss der verfehlte Austeritätskurs in Europa auf-
321 gegeben werden. Nur wenn entsprechende Auflagen für die
322 Krisenländer gelockert werden, und die Staaten mehr Zeit für
323 eine konjunkturgerechte Konsolidierung ihrer Haushalte erhal-
324 ten, kann der Krise wirkungsvoll begegnet werden.

325 Zusätzlich müssen wir die neuen Schuldenregeln und Institu-
326 tionen grundsätzlich überarbeiten. Die Verschärfung des
327 Stabilitäts- und Wachstumspakts und der Fiskalpakt haben
328 keine Vorteile mit sich gebracht, aber gravierende Be-
329 schränkungen der staatlichen Handlungsfähigkeit. Auch die
330 zusätzlichen Kompetenzen, die der EU-Kommission zur
331 Überwachung nationaler Haushaltspolitik zugebilligt wurden,
332 haben bislang nur den Druck zu unsozialen und ökonomisch
333 schädlichen Ausgabenkürzungen erhöht. Außerdem unterlau-
334 fen sie die Haushaltsautonomie der Parlamente, und die Ent-
335 scheidungen sind nicht demokratisch legitimiert. Selbst die Eu-
336 ropäische Kommission erkennt mittlerweile, dass der
337 Kürzungskurs dazu beigetragen hat, dass soziale Sicherungs-
338 systeme und Fiskalpolitik eine geringere stabilisierende
339 Wirkung entfalten konnten. Die Politik muss diese Fehler des-
340 halb korrigieren und die beschlossenen Maßnahmen zurück-
341 nehmen.

342

343 **2.2) Angriff auf Löhne und Arbeitsbedingungen durch** 344 **ein solidarischeres Europa ersetzen**

345 Die in den Reformauflagen der Krisenländer und in den neuen
346 Regeln zur wirtschaftspolitischen Koordinierung enthaltenen
347 Angriffe auf Arbeitnehmerrechte, Sozialstaat und Löhne müs-
348 sen gestoppt werden. Die Eingriffe in die Lohnpolitik und der
349 Druck auf Gewerkschaftsrechte durch die Kommission sind ein
350 Angriff auf Tarifautonomie und Sozialpartnerschaft und haben
351 destruktive soziale Konsequenzen. Darüber hinaus ist die allei-
352 nige Ausrichtung der Politik an einer Verbesserung der preisli-
353 chen Wettbewerbsfähigkeit verfehlt: Studien zeigen, dass die
354 Mehrheit der heutigen Krisenländer lange ein hohes Export-
355 wachstum hatten, obwohl die Lohnstückkosten in derselben
356 Zeit stark gestiegen sind. Ein Druck auf die Lohnkosten führte
357 dementsprechend auch nicht zu einer erfolgreichen
358 Wachstumsstrategie über eine Ankurbelung der Exporte,
359 sondern zu einem Abwürgen der Binnennachfrage und der ge-
360 samten EU-Wirtschaftsleistung. Zwar wurden Leistungsbi-
361 lanzdefizite in den Krisenländern zum Teil abgebaut, dies ge-
362 schah aber vor allem über sinkende Importe – das heißt über
363 eine insgesamt sinkende Wirtschaftsleistung. Der Druck auf
364 Arbeitsbedingungen und Löhne ist keine Anti-Krisenpolitik, die
365 den Namen verdient, sondern eine Politik der Umverteilung zu
366 Gunsten der Unternehmer und Kapitaleigentümer: In Spanien,
367 Irland und Griechenland, aber auch in Portugal wurde die
368 Lohnquote seit Beginn der Kürzungspolitik massiv gesenkt.
369 Umgekehrt wurden wohlhabende Bevölkerungsteile nur
370 halbherzig an der Bekämpfung der Krise beteiligt.

371

372 In Europas Krisenstaaten, aber auch in Kommunen hierzu-
373 lande werden vor dem Hintergrund öffentlicher Finanznot
374 Privatisierung und Rekommunalisierung öffentlicher Aufgaben
375 kontrovers diskutiert. Beide Ansätze können für Arbeitsplatz-
376 abbau, Arbeitsverdichtung und Kostensenkungen missbraucht
377 werden, was der DGB ablehnt.

378

379 Das Schlagwort Bürokratieabbau darf ebenfalls nicht dazu
380 missbraucht werden, schädliche Deregulierung zu propagie-
381 ren. Viele Regelungen, etwa zum Arbeits- und Umweltschutz
382 oder zu Qualitäts-Ansprüchen im Handwerk, haben einen gu-
383 ten Grund – den Schutz von förderlichen Rahmenbedingun-
384 gen – und müssen erhalten bleiben.

385

386 Ein Wettlauf nach unten trägt nicht in die Zukunft. Deshalb
387 muss die Politik der Liberalisierung und des ungezügelten
388 Wettbewerbs aller gegen alle durch eine Stärkung der inn-
389 ergemeinschaftlichen Kooperation ersetzt werden. Das heißt:
390 Während die europäischen Gewerkschaften das Ihre tun wer-
391 den, zu einer abgestimmten Lohnentwicklung im Euroraum
392 beizutragen und entsprechende europäische Koordinierung zu
393 stärken, um für die Beschäftigten überall einen gerechten An-
394 teil an der Produktivitätsentwicklung und einen Inflationsaus-
395 gleich zu erreichen, muss die Politik in ihrem Wirkungsbereich
396 aktiv werden.

397

398 Eine fortschrittliche EU-Wirtschaftspolitik muss sich daran
399 messen lassen, wie sie zu einer Angleichung sozialer Stan-
400 dards und Arbeitnehmerrechte nach oben beiträgt. Statt poli-
401 tisch in die Lohnfindung einzugreifen muss die Tarifautonomie
402 gestärkt werden. Entscheidend ist dabei auch eine arbeits-
403 marktpolitische Flankierung, die einer weiteren Zunahme aty-
404 pischer Beschäftigung in Europa entgegenwirkt. Denn atypi-
405 sche Beschäftigung ist zum Großteil prekäre Beschäftigung im
406 Niedriglohnsektor und drückt Wachstum und Wohlstand.

407

408 Eine fortschrittliche Wirtschaftspolitik muss auch dafür sorgen,
409 dass eine wirksame Fiskalpolitik in Europa möglich wird. Das
410 beinhaltet zum einen eine bessere Abstimmung im Falle künf-
411 tiger Krisen und einen größeren Spielraum bei den Defizitgren-
412 zen. Zum anderen bedarf es zusätzlicher fiskalischer Mecha-
413 nismen, die als europäische automatische Stabilisatoren zu ei-
414 ner EU-weiten Konvergenz der Konjunkturzyklen beitragen
415 können. Das einseitige und einfallslose Schuldenverbot muss
416 durch eine stärkere Koordinierung der Einnahmen ersetzt wer-
417 den – z. B. durch eine einheitliche, breit gefasste Bemessungs-
418 grundlage sowie Mindestsätze bei der Körperschaftssteuer

419 und einen abgestimmten Kampf gegen Steuerflucht- und
420 Steuervermeidung.

421

422 Die Staatsfinanzierung der einzelnen Nationalstaaten darf
423 nicht Gegenstand von Spekulation bleiben. Unsicherheiten
424 und ein unverhältnismäßiger Anstieg der Zinsen müssen ver-
425 hindert werden. Die bisherigen unorthodoxen Maßnahmen
426 der EZB haben dazu beigetragen, diese Probleme zu mildern.
427 Diese Maßnahmen sind aber nicht verbindlich genug, wurden
428 von der EZB-Führung selbst relativiert und von vielen Seiten
429 angegriffen. Es bedarf deshalb nach wie vor einer dauerhaf-
430 ten, politischen Lösung, um die Stabilität der Staatsfinanzie-
431 rung zu gewährleisten. Eurobonds – gemeinsame Schuld-
432 scheinne aller Euro- oder EU-Staaten – könnten unter bestimm-
433 ten Voraussetzungen Abhilfe schaffen; ebenso die Ausstattung
434 des Europäischen Stabilitäts-Mechanismus (ESM) mit einer
435 Banklizenz und dessen Betreuung mit der Aufgabe, als Gläubi-
436 ger der letzten Instanz für Staaten zu agieren.

437

438 Zudem muss eine Angleichung der wirtschaftlichen Leistungs-
439 fähigkeit mit einer Stärkung und effektiveren Nutzung der
440 Strukturfonds und mit einer koordinierenden Wirtschaftspolitik
441 vorangetrieben werden. Wo Unterschiede bestehen bleiben,
442 muss langfristig über die Möglichkeit von Ausgleichszahlun-
443 gen nachgedacht werden.

444

445 Eine fortschrittliche Koordinierung der Wirtschaftspolitik kann
446 dabei nur eine demokratische sein und muss deshalb mit einer
447 Stärkung des Europäischen Parlaments einhergehen. Eine Poli-
448 tik, die der EU-Kommissions-Bürokratie neue Kompetenzen
449 und Eingriffsrechte verschafft, lehnen die Gewerkschaften
450 ebenso ab, wie außerparlamentarisch vereinbarte „Pakte
451 “ und „Verträge“, mit denen die ordentlichen europäischen
452 Gesetzgebungsverfahren umgangen würden.

453

454 **2.3) Deutschland: Produktion von Gütern und Dienst-** 455 **leistungen für den inländischen Bedarf als zweites** 456 **Standbein**

457 Auch Deutschland braucht zusätzliche Anstrengungen. Es
458 reicht nicht, darauf zu vertrauen, dass die Nachfrage aus dem
459 Ausland immer weiter steigen wird. Die jüngere Vergangen-
460 heit hat gezeigt, dass die Exportentwicklung auch einmal
461 einbrechen, der Außenbeitrag negativ werden kann. Auch des-
462 halb muss die deutsche Wachstumsstrategie vermehrt auf eine
463 Stärkung der Binnennachfrage ausgerichtet werden, um die
464 Ungleichgewichte in Europa zu mindern und zukünftig Kri-
465 senübertragungen entgegenzuwirken. Die Bundesrepublik hat

466 2008 und 2009 mit präventiven Maßnahmen zur Krisenvor-
467 beugung gute Erfahrungen gemacht, die auch künftig wieder
468 bereit stehen müssen: insbesondere eine bedarfsgerechte
469 Anpassung der Bezugsdauer des Kurzarbeitergeldes und eine
470 deutliche und pragmatische fiskalpolitische Reaktion, um ei-
471 nen Nachfrageausfall gegebenenfalls abzufedern. Um das zu
472 ermöglichen muss darauf geachtet werden, dass die neuen In-
473 stitutionen – von der deutschen Schuldenbremse über den eu-
474 ropäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt bis zum neuen
475 Fiskalpakt – die nötige Flexibilität ermöglichen.

476

477 Darüber hinaus braucht es mittel- und langfristig aber auch
478 strukturelle Veränderungen in Deutschland. Wirtschaft ist kein
479 Selbstzweck. Sie soll die Lebensbedingungen der Bevölkerung
480 und insbesondere derjenigen verbessern, die Tag für Tag den
481 Wohlstand schaffen. Deshalb müssen die erfolgreichen export-
482 orientierten Teile der Industrie in Deutschland künftig durch
483 ein ebenso erfolgreiches binnenwirtschaftliches Standbein
484 ergänzt werden. Gute Qualität und Service müssen nicht nur
485 beim Export im Zentrum stehen, sondern auch bei Dienstleis-
486 tungen und Gütern im Inland. Qualitativ hochwertiger Kon-
487 sum, gute Arbeitsbedingungen und hohe Einkommen für die
488 Beschäftigten bedingen sich wechselseitig. Deshalb muss die
489 Abwärtsspirale aus Niedriglohnsektor, zu geringen Renten und
490 unzureichender sozialer Sicherung einerseits und in der Folge
491 qualitativ unzureichender Nachfrage andererseits zugunsten
492 von guter Arbeit, sicherer Rente und Sozialleistungen sowie
493 hochwertigen Produkten durchbrochen werden. Öffentliche
494 und soziale Dienstleistungen wie Bildung, Gesundheitswesen,
495 Pflege müssen bedarfsgerecht ausgebaut und solidarisch ge-
496 sellschaftlich finanziert werden.

497

498 Wer, wie Deutschland, dauerhaft weniger importiert als expor-
499 tiert, also auch weniger verbraucht als produziert, verschenkt
500 unnötig Wohlstand. Schließlich bedeutet der deutsche Export-
501 überschuss zwangsläufig ein Leistungsbilanzdefizit und damit
502 eine wachsende Auslandsverschuldung anderer Länder. Diese
503 Entwicklung trägt aber nicht auf Dauer, sondern wird früher
504 oder später durch eine Entwertung der deutschen Forderun-
505 gen gegenüber dem Ausland korrigiert werden.

506

507 Die Politik hat es in der Hand, die Binnennachfrage anzu-
508 regen, die weitere Spaltung von Ökonomie und Gesellschaft
509 zu stoppen und gleichzeitig die Grundlagen für eine nachhal-
510 tig erfolgreiche Wirtschaft in Deutschland zu sichern. Auch hat
511 sie die geeigneten Instrumente dafür:

512

- 513 • Die notwendige Stärkung des privaten Konsums darf
514 nicht kreditfinanziert sein (wie es zum Teil auch in
515 Deutschland heute schon der Fall ist), sondern muss
516 durch wachsende Masseneinkommen ermöglicht wer-
517 den. Die trotz erfolgreicher Tarifpolitik ungleiche Vertei-
518 lung von Einkommen und Vermögen muss durch Steuer-
519 und Verteilungspolitik und strukturelle Reformen weiter
520 korrigiert werden.
- 521 • Der durch politische Entscheidungen aufgeblähte Niedrig-
522 lohnsektor muss zurückgedrängt werden. Die Ent-
523 scheidung der großen Koalition für den gesetzlichen Min-
524 destlohn, Erleichterung der Allgemeinverbindlichkeit von
525 Tarifverträgen und Aufnahme von Branchen in das Arbeit-
526 nehmerentsendegesetz sind wichtige Schritte dazu.
527 Hinzukommen muss die Garantie von gleichem Lohn für
528 gleiche Arbeit und die Verhinderung von Missbrauch bei
529 Lehrarbeit oder Werkverträgen. Die Vergabe öffentlicher
530 Aufträge ist an die Erfüllung tariflicher und sozialer Min-
531 deststandards zu knüpfen.
- 532 • Höhere Reallöhne dürfen auch nicht „durch die Hintertür
533 “ wieder abgesenkt werden – etwa durch eine Auswei-
534 tung von Arbeitszeiten. Stattdessen müssen die tatsächli-
535 chen Arbeitszeiten den vertraglichen angepasst und Über-
536 stunden reduziert werden. In anderen Fällen – z. B. bei
537 körperlich oder psychisch besonders belastender Arbeit –
538 müssen die Arbeitszeiten grundsätzlich gesenkt werden.
539 Während denjenigen Beschäftigten, die sich ungewollt in
540 Teilzeitarbeit befinden, die Chance auf eine gute Vollzeit-
541 stelle gegeben werden muss, muss gewünschte Teilzeit
542 weiter ausgebaut und sozial abgesichert werden.
- 543 • Arbeitslosenversicherung und Grundsicherung müssen
544 wieder dazu beitragen, Einkommensausfälle zu kompen-
545 sieren, anstatt als Drohkulisse Angst vor dem sozialen Ab-
546 stieg zu bewirken. Ein wirksamer und starker Sozialstaat
547 ist keine Belastung sondern Grundlage für Produktivität
548 und Wohlstand.
- 549 • Die grundsätzliche Investitionsschwäche muss bekämpft
550 werden. Der Staat muss seine Ausgaben für Bildung, In-
551 frastruktur, ökologische Erneuerung und sozialen Fort-
552 schritt deutlich ausweiten. In den vergangenen Jahren hat
553 sich in Deutschland ein öffentlicher Investitionsrückstand
554 in mehrstelliger Milliardenhöhe aufgetan. Dabei geht es
555 nicht nur um Sachinvestitionen, insbesondere in den Be-
556 reichen Bildung und Gesundheit bestehen auch große
557 Bedarfe an zusätzlichem Personal. Zur Schließung dieser
558 Lücke muss die große Koalition erheblich mehr leisten als
559 bisher geplant. Alles andere gefährdet nicht nur den

560 Lebensstandard sondern auch wirtschaftlichen Erfolg und
561 Wettbewerbsfähigkeit.

- 562 • Wir brauchen eine effektivere und stärkere Industrie-, Di-
563 enstleistungs- und Handwerkspolitik, die Zukunftsfelder
564 erkennt und fördert, während sie erfolgreiche bestehende
565 Bereiche erhält und verbessert. Finanzierungsengpässe
566 können durch einen öffentlichen Beteiligungsfonds aus-
567 geglichen werden. Für Unternehmen, die ein tragfähiges
568 Konzept haben und Arbeitsplätze erhalten, soll der Zuf-
569 luss von öffentlichem Kapital (Public Equity) die Eigenka-
570 pitalausstattung und die Zukunftsfähigkeit sichern. Die
571 Förderung von privaten Investmentfonds oder die
572 Schaffung neuer, komplexer und undurchsichtiger Finanz-
573 instrumente ist hingegen kein geeigneter Weg, Finanzie-
574 rungsproblemen zu begegnen.
- 575 • Zu einer gerechten Verteilung gehört auch, den Anspruch
576 des Grundgesetzes endlich einzulösen, gleichwertige
577 Lebensbedingungen in allen Regionen der Bundesre-
578 publik zu gewährleisten. Die Spaltung in erfolgreiche
579 Wirtschaftsräume einerseits und abhängige Landstriche
580 andererseits muss gestoppt und umgekehrt werden. Ger-
581 ade Ostdeutschland ist nach wie vor von dieser unglei-
582 chen Entwicklung betroffen.

583

584 **2.4) Mit Finanzmarktregulierung endlich ernst ma-** 585 **chen**

586 Der Wirtschaftssektor, in dem die negativen Folgen von Dere-
587 gulierung, Liberalisierung und Marktgläubigkeit am deutlichs-
588 ten geworden sind, ist der Finanz- und Bankensektor. Auch
589 sieben Jahre nach Beginn der Krise hat es hier noch keine aus-
590 reichenden Schritte gegeben, um die Staaten aus den Zwän-
591 gen der Finanzmärkte zu befreien, Finanzkrisen künftig zu ver-
592 hindern und die Verursacher der Krise an deren Kosten zu be-
593 teiligen. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern:

594

595 Der Bankensektor muss auf seine ursprüngliche Funktion
596 zurückgeführt werden. Er muss Einlagen von Kunden anneh-
597 men und Investitionen in der Realwirtschaft finanzieren. Ei-
598 genhandel, Wettgeschäfte und insbesondere unethische
599 Spekulationsgeschäfte mit Nahrungsmitteln und Rohstoffen
600 sind zu unterbinden. Ein solcher Umbau der Finanzinstitute ist
601 vereinbar mit einer Stärkung des Filialgeschäfts und so auch
602 mit einer Stärkung der Beschäftigung im Bankensektor.

603

604 Zusätzlich zu einer Regulierung und zu Eigenkapitalauflagen,
605 die die Krisenanfälligkeit von Banken senken und die Rettung
606 durch Staaten künftig unnötig machen, braucht es eine wirk-

607 same Produktregulierung: Ein Finanz-TÜV muss dafür sorgen,
608 dass alle Finanzprodukte auf ihre Nützlichkeit und ihren po-
609 tenziellen Schaden hin untersucht und gegebenenfalls verbo-
610 ten werden.

611

612 Eine gerechte Steuerpolitik muss dazu beitragen, dass die Ver-
613 ursacher und die Profiteure der Krise endlich zur Begleichung
614 der Folgekosten herangezogen werden. Im Zentrum steht da-
615 bei weiter die Forderung nach einer Finanztransaktionssteuer,
616 die nicht zuletzt bei der Finanzierung eines Marshallplans für
617 Europa eine wichtige Rolle spielt. Der bereits weit fortgeschrit-
618 tene Prozess zur Einführung einer solchen Steuer wurde zwis-
619 schenzeitlich durch Lobby-Angriffe wieder aufgehalten. Hier
620 gilt es, auch in Zukunft alles daran zu setzen, dass eine wirk-
621 same Finanztransaktionssteuer endlich kommt und dass die
622 Finanz-Lobby ihre Interessen nicht erneut gegen die ge-
623 samtgesellschaftlichen Interessen durchsetzt.